

Vorschläge für den neuen Koalitionsvertrag

März 2025

Einleitung

Die geopolitischen Verschiebungen haben die Stabilität der internationalen Ordnung und ihrer Institutionen erschüttert und weltweit werden Demokratien unter Druck von innen und von außen attackiert. Die neue US-Präsidentschaft hat die Lage weiter verschärft.

Bisher hat Deutschland diese multiplen Krisen mehr oder weniger erfolgreich bewältigt, aber es ist unmissverständlich klar geworden, dass weitere große Herausforderungen bevorstehen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen, ja sogar in die Demokratie selbst, hat jedoch gelitten. Die Polarisierung hat weiter zugenommen, die Fronten haben sich weiter verhärtet.

Um diese Herausforderungen als friedliche Gesellschaft robust zu bewältigen und die notwendige Transformation in Vielfalt mit vereinten Kräften anzugehen, müssen Individuen, Familien, Organisationen und demokratische Institutionen die Fragen beantworten: "Was muss sich ändern, damit unsere Gesellschaft mit den Herausforderungen fertig wird? Was ist mein/unser Beitrag dazu, dass das Gemeinsame wirklich gelingt? Aber auch: Wie müssen sich Politik und Verwaltung auf die Zukunft umstellen?" Dies ist eine gemeinschaftliche Aufgabe aller gesellschaftlichen Akteure und benötigt umfangreichen Raum für Diskurs.

Dazu bedarf es einer gemeinsamen Orientierung

Die beste Orientierung für das gemeinsame Handeln liefern weiterhin die 17 von fast allen Staaten unterzeichneten Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen der Vereinten Nationen. Sie bieten umfassende, weltweit anerkannte Leitlinien für soziales, ökologisches und ökonomisches und für das Regierungshandeln. Das **Ziel 16 "Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen"** - das Ziel guter Regierungsführung aus der UN-Agenda 2030 - gilt als Schlüssel für das Erreichen der anderen Nachhaltigkeitsziele. Daher empfehlen wir der zukünftigen Koalitionsregierung, sich in ihren Koalitionsvertrag insbesondere auf folgende Grundsätze zu einigen:

1. Artikel 56 der Hamburgischen Verfassung zügig umsetzen

Hamburg hat mit dem Zufallsbeteiligungsgesetz die Zusammenstellung von Bürgerforen und anderen dialogbasierten Beteiligungsformaten durch ein Losverfahren mit Zugriff auf das Melderegister möglich gemacht. So ist ein Raum für vielfältige Beteiligungsformate einschließlich Kombinationen mit direkt-demokratischen Verfahren entstanden.

Dieser Raum bedarf aber der gesetzlichen **Verpflichtung**, ihn auch zu nutzen. Hamburg sollte **zügig** die seit November 2020 ausstehende **Umsetzung des Artikels 56** der Hamburgischen Verfassung **vollziehen und den Senat dazu verpflichten**, bei wichtigen Vorhaben **die Betroffenen** und **die relevante Zivilgesellschaft zu konsultieren** und dabei die *best practices* für eine gute Beteiligung zu befolgen. Bürgerinnen und Bürger verdienen einen Vertrauensvorschuss, wie es Andreas Voßkuhle formuliert hat. Eine Selbstverpflichtung zur Beteiligung sei auch für die Hamburgische Bürgerschaft empfohlen. Zunehmend umfasst OGP auch die Parlamente („*Open Parliament*“).

2. Demokratiebildung & bürgerliche Initiativen & Teilhabe von Kindern und Jugendlichen

Bildung in Sachen Demokratie ist dringlicher denn je. Die großen Herausforderungen können wir nur gemeinsam in einem breiten gesellschaftlichen Zusammenschluss bewältigen. Das setzt voraus, dass Bürgerinnen und Bürger spüren, dass sie kein Störfaktor für die Verwaltung darstellen, sondern Bedürfnisse haben und Teil der Lösungen sind. Kinder und Jugendliche gehören dazu. Spaltungen und Ausgren-

zungen aller Art müssen so weit wie möglich überwunden werden und Beteiligung nur zum Schein schadet. Hier leistet die Zivilgesellschaft bereits viel, wird aber von bestimmten Kreisen besonders aggressiv attackiert. Eine Stärkung der Beteiligung und finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Eigeninitiative auf allen Ebenen sind unverzichtbar.

Überall wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten, muss ihnen **Teilhabe an Gestaltung und an Entscheidungen** eingeräumt werden. Unnötige bürokratische Hürden zur Umsetzung ihrer Bedürfnisse müssen beseitigt werden. Stress behindert Lernen. Andere Länder zeigen uns, dass demokratischere und flexiblere Schulstrukturen sowohl bessere Lernergebnisse als auch weniger Schulabbrecher vorweisen. Dem **faktischen Erleben der Selbstwirksamkeit** von Kindern und Jugendlichen in Schulen, Quartieren, Stadtteilen und Bezirken kommt eine herausragende Rolle zu. So kann sich eine demokratische Gesellschaft gut entwickeln.

3. Open Government Strategie für Hamburg

Hamburg sollte die Chance ergreifen, für sich eine eigene **Open Government-Strategie**¹ zu entwickeln, die sich nicht auf einzelne Projekte und auf eine Legislaturperiode beschränkt, sondern Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft eine langfristige Orientierung bietet. Eine solche Open Government-Strategie könnte ein Bestandteil der Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Hilfreich ist es, sich an der Open Government Partnership-Strategie 2023-2028¹ zu orientieren. Auch die OECD bietet gute Anleitungen^{2,3} für das Erarbeiten einer Open Government-Strategie. Es gibt dafür gute Beispiele⁴. Mehr Demokratie e.V. unterstützt als zivilgesellschaftliche Organisation diesen Ansatz und würde es begrüßen, wenn neue Regierungsvorhaben in Hamburg von vornherein nach den Prinzipien der **Ko-Kreation** durchgeführt werden und so eine frühe und begleitende Beteiligung ermöglichen.

4. Hamburg als Lokomotive für ein Ländernetzwerk für Open Government Partnership (OGP)

Deutschland hat sich 2016 zusammen mit inzwischen 75 anderen Staaten dem Open Government Partnership (OGP) angeschlossen und sich den Prinzipien des Open Government verpflichtet. Damals hatte der Bundesrat diesen Beitritt mit einem Beschluss eingefordert⁵. Ähnlich dem Ziel 16 der Agenda 2030 geht es bei OGP um gute Regierungsführung, insbesondere um Transparenz, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Inklusion, Zugang zu Justiz, Integrität und Korruptionsbekämpfung - kurz: um **Stärkung der Demokratie**. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung bezeichnet das Ziel 16 der guten Regierungsführung als ein Schlüsselziel, um viele andere Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Die vergangene Bundesregierung beteiligte sich mit einer Rekordzahl von neun Ressorts an dem vierten OGP Nationalen Aktionsplan (NAP), aber Hamburg kann einen wichtigen Beitrag leisten, dass **Deutschland** hier weiterhin aktiv bleibt. Darüber hinaus ist es notwendig, die OGP-Prinzipien **auf allen Ebenen** zu stärken. Wenn wir spaltenden Entwicklungen Einhalt gebieten wollen, ist es unverzichtbar, die wirksame Teilhabe schnell deutlich zu stärken und ihre Wirksamkeit deutlich spürbar werden zu lassen. Sonst droht der gesellschaftliche Zusammenhalt weiteren Schaden zu nehmen.

Hamburg hat sich beispielhaft als einzige deutsche Kommune dem OGP Local Programm angeschlossen und mit weiteren Bundesländern (HB, S-H, M-V, Blin, NRW und Sachsen) Beiträge zum deutschen OGP

¹ **Open Government Partnership Strategy 2023-2028:** <https://t1p.de/3h6wl>

² **Open Government for Stronger Democracies (2023):** <https://t1p.de/dnkae>

³ **OECD-OPSI About - Observatory of Public Sector Innovation:** <https://t1p.de/jw5xd>

⁴ **Kanada:** [Canada's Open Government Strategy: https://t1p.de/s86ez;](https://t1p.de/s86ez)

Finnland: [Open Government Strategy 2030 - Ministry of Finance, Finland: https://t1p.de/bwie6;](https://t1p.de/bwie6)

Schottland: [Open Government - public participation strategy: advice - gov.scot: https://t1p.de/5pfjk;](https://t1p.de/5pfjk)

NRW: [Open Government Manifest NRW: https://t1p.de/u22gj](https://t1p.de/u22gj)

⁵ **Beschluss des Bundesrates zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur internationalen Initiative Open Government Partnership:** <https://t1p.de/gm5f9>

NAP geleistet. Das prädestiniert Hamburg dazu, die Lokomotive zu sein, dass die Demokratiebemühungen nicht nur auf Bundesebene (v.a. das Bundestransparenzgesetz), sondern auch auf Länder- und Kommunalebene deutlich belebt und gestärkt werden. Die **OGP-Prinzipien liefern den gemeinsamen Kitt** und **OGP Challenge** liefert eine hilfreiche Basis auch **für einzelne Behörden**. Prinzipien wie „*Einer (als Beispiel) für Alle*“ lassen sich auch in diesem Kontext anwenden. Wir regen an, dass die künftige Koalitionsregierung in Hamburg **alle Ressorts** zur kontinuierlichen Umsetzung der OGP-Prinzipien beauftragt und jetzt **eine neue Initiative** im Bundesrat **ergreift**, um OGP einen großen Schritt vorwärts zu bewegen: Eine Kooperation zwischen den Bundesländern und dem Bund sollte die Finanzierung **eines ständigen unabhängigen Sekretariats/einer Koordinierungs- und Beratungsstelle** für OGP vorschlagen. Sie soll den Kontakt zu und die Vernetzung mit den OGP-aktiven Ressorts auf Bundes- und Länderebene pflegen, den kontinuierlichen Austausch der aktiven zivilgesellschaftlichen Stakeholder koordinieren und Kommunen zu hilfreichen Quellen, Kontakten und geeigneten Partnerengagements (z.B. Smart-Cities) verhelfen und insbesondere über die föderalen Grenzen hinweg zu kooperieren.

5. Transparente Umsetzungspläne für Gesetzes- und Regierungsvorhaben

Koalitionsverträge in Hamburg umfassen Vorhaben für ganze fünf Jahre. Eine effiziente Arbeitsweise ist nur durch ein **planmäßiges Vorgehen** möglich. Sowohl die Bürgerschaft als auch der Senat sollten ihre **Zeitpläne zur Umsetzung der Koalitionsvorhaben transparent machen** (Online-Vorhabenlisten/-pläne) und in einer für alle verständlichen Sprache verfassen. Eine fundierte Beteiligung der Stadtgesellschaft ist nur möglich, wenn sie weiß, wann die Bürgerschaft an welchen Gesetzen und wann der Senat an der Umsetzung welcher Vorhaben arbeiten wird.

Zur Verbesserung der Transparenz sollte darüber hinaus vereinbart werden, in allen künftigen Gesetzen die Ziele zu definieren, die mit ihnen erreicht werden sollen und Kriterien, anhand derer die Zielerreichung ausgewertet werden kann.

Wir stehen gern für Fragen und nähere Erläuterungen unserer Vorschläge zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Helena Peltonen-Gassmann

für den Landesvorstand **Mehr Demokratie e.V. Hamburg**

hamburg@mehr-demokratie.de

¹ **Design an open government strategy or initiative:** <https://t1p.de/cl3n8>

Mehr Demokratie ist mit mehr als 10.000 Mitgliedern und rund 200.000 Interessentinnen und Interessenten die wohl größte Nichtregierungs-Organisation für direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung weltweit. Der gemeinnützige Verein versteht sich als Fachverband und Bürgerbewegung und arbeitet überparteilich. Mehr Demokratie hat rund 40 Mitarbeitende und ist mit Landesverbänden in allen Bundesländern vertreten. Ein Kuratorium mit Personen aus Wissenschaft, Kultur und Politik berät den Verein. Mehr Demokratie ist Gründungsmitglied von Democracy International und Schwesterorganisation des OMNIBUS für direkte Demokratie.